

Jürgen Wilke

Finanz- und Wirtschaftskrisen in der deutschen Tagespresse

Ein historischer Rückblick

Am 15. September 2008 brach die Bank Lehman Brothers in New York zusammen. Die amerikanische Regierung hatte sich geweigert, die in Finanznöte geratene Bank mit Krediten zu retten. In der Pleite dieser Bank kulminierten wirtschaftliche Krisensymptome, die ungeheure Konsequenzen nach sich zogen. Diese wurden nicht nur in den Vereinigten Staaten spürbar, sondern wirkten sich in der ganzen Welt aus. Es entstand daraus die größte Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg, ja seit den 1920er Jahren erlebt hatte. In vielen Ländern setzten hektische Bemühungen ein, den Absturz insbesondere weiterer Banken zu verhindern und durch staatliche Ausgabenprogramme die Wirtschaft zu stützen.

Im Folgenden soll es hier nicht um die Finanz- und Wirtschaftskrise an sich gehen, ihre Ursachen und Folgen, oder um die Mittel und Chancen zu ihrer Überwindung. Vielmehr wollen wir der Frage nachgehen, wie der Journalismus und die Massenmedien solche Krisen thematisiert haben. Dies geschieht in einem Rückblick auf frühere Fälle von Finanz- und Wirtschaftskrisen. Dabei beschränken wir uns jeweils auf die Phase des „Ausbruchs“ dieser Krisen, also den Moment, in dem sie manifest wurden. Die Belege sind deutschen Großstadtzeitungen des 19. und 20. Jahrhunderts entnommen (Köln, Frankfurt), insbesondere aber solchen aus der Metropole Berlin.

Zu Wirtschafts- und Finanzkrisen gibt es einige historische Literatur.¹ Welche Rolle jedoch die Mittel der Unterrichtung der Öffentlichkeit in ihnen spielten, ist bisher kaum untersucht. Eine Ausnahme

1 Vgl. Hans Rosenberg: Die Weltwirtschaftskrise 1857-1859. 1934. 2.Aufl. Göttingen 1974; Charles P. Kindleberger: Manien. Paniken, Crashes. Die Geschichte der Finanzkrisen dieser Welt. Kulmbach 2001; Harold James: Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936. Stuttgart 1988; Gerald Braunberger/Dominik Fehr (Hg.): Crashes. Finanzkrisen gestern und heute. Frankfurt am Main 2008; Carmen M. Reinhart/Kenneth S. Rogoff: Diese Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen. München 2009. 2.Aufl. 2010; Werner Plumpe: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. München 2010.

ist die Studie von Ojala und Uskali.² Die beiden Autoren haben untersucht, ob in der „New York Times“ im Vorlauf der Börseneinbrüche 1929, 1987 und 2000 „weiche Signale“ auf die herannahenden Krisen zu bemerken waren. Lediglich für 1929 ermittelten die Autoren „only a few weak signals“³ und konstatierten: „So, when the crash finally occurred, it should not have come as a big surprise to careful readers of the New York Times.“⁴

Der Nachrichtenwert von Krisen

Am 16. September 2008, einen Tag nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, machten die deutschen Tageszeitungen auf ihrer Titelseite mit diesem Ereignis auf:

- „Große Kursverluste nach Lehman-Konkurs“ (FAZ)
- „Bankpleite erschüttert die Börsen der Welt“ (Süddeutsche Zeitung)
- „Schwarzer Tag für die Banken“ (Die Welt)

Die „Frankfurter Rundschau“, im Tabloid-Format erscheinend, platzierte auf der Titelseite eine Todesanzeige. „Wir nehmen Abschied“ stand darauf neben einem Straßenschild der Wall Street. Weitere Berichte fanden sich im Inneren der Zeitungen, selbstverständlich auch im Wirtschaftsteil. Von da an war die Finanzkrise eines der Hauptthemen der medialen Berichterstattung in Deutschland. Was machte deren hohen Nachrichtenwert aus?

Journalisten richten sich bei der Auswahl der Ereignisse, über die sie berichten und die sie kommentieren, nach deren Nachrichtenwert.⁵ Ereignisse mit hohem Nachrichtenwert werden gegenüber solchen mit geringem Nachrichtenwert bevorzugt. Dabei muss dieser Nachrichtenwert nicht unbedingt ein objektives Ereignismerkmal sein. Er kann vielmehr Ereignissen auch zugeschrieben werden. Insbesondere Krisen haben hohen Nachrichtenwert, was sich wiederum auf verschiedene Ursachen zurückführen lässt. Denn Krisen sind etwas Gefährliches, sie stellen Bedrohungen für den Bestand von Systemen dar. Solche Bedrohungen zu registrieren, sie bekannt zu machen, da-

2 Jari Olaja/Tiro Uskali: Any Weak Signals? The New York Times and the Stock Market Crashes of 1929, 1987 and 2000. In: Leos Müller/Jari Olaja (Hg.): Information Flows. New Approaches in the Historical Studies of Business Information. Helsinki 2007, S. 103-136.

3 Ebd. S. 134.

4 Ebd.

5 Vgl. zusammenfassend Michaela Maier/Karin Stengel/Joachim Marschall: Nachrichtenwerttheorie. Baden-Baden 2010.

vor zu warnen und adäquate Reaktionen auszulösen, das sind zentrale Funktionen der Medien und der Journalisten in komplexen Gesellschaften. Bedroht sind in solchen Situationen vor allem Werte, seien es materielle oder ideelle, ja sogar das Leben selbst.

Der Nachrichtenwert von Krisen erklärt sich vor allem aus ihrer Negativität. Je negativer ein Ereignis ist, d.h. je mehr es auf Konflikt, Kontroverse, Aggression, Schaden oder Tod bezogen ist, desto stärker wird es von den Medien beachtet. Immer wieder ist festgestellt, ja beklagt worden, dass die Massenmedien negative Ereignisse gegenüber positiven bevorzugen. Dies bestätigt sich gerade bei Krisen. Dabei beschränkt sich die Priorität für das Negative nicht nur auf den Anlass, sondern zieht sich durch die Fokussierung der Aufmerksamkeit für „bad news“ auch durch die fortlaufende Berichterstattung.

Der Nachrichtenwert von Krisen resultiert auch aus ihrer Tragweite. Je mehr Menschen davon betroffen sind, umso wichtiger ist es, darüber zu berichten. Eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die die ganze Welt betrifft, hat höheren Nachrichtenwert als eine nationale, regionale oder sektorale. Im Zeitalter der Globalisierung bleiben solche Krisen territorial immer weniger begrenzt. Dabei überwinden Krisen in geografischer Nähe eher die Schwelle der Beachtung als solche in der Ferne. Hinzu kommen kann der Nachrichtenfaktor Überraschung. Das schien zumindest auf die jüngste Finanzkrise zuzutreffen. Zu einem eigenen Thema der Berichterstattung wurde, warum kaum jemand die Krise vorausgesehen hatte. Selbst die Wissenschaftler und Spezialisten hatten allem Anschein nach versagt. „Einige von ihnen“, so schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ (15.9.2009), „hatten zwar durchaus vor Gefahren gewarnt, die meisten aber haben die Vorzeichen des Zusammenbruchs nicht gesehen oder zumindest die Dimensionen unterschätzt.“ Dieselbe Zeitung sah auch die Wirtschaftsjournalisten weltweit auf der Anklagebank: „Ausgerechnet die professionellen Beobachter, die sich anmaßen, ihren Lesern, Zuschauern und Nutzern die Welt erklären zu können, haben als Frühwarnsystem versagt?“ – so fragte Marc Beise, Leiter des Wirtschaftsressorts der Zeitung (SZ 12./13.9.2009). Und er erwiderte darauf: „Bei genauerem Hinsehen allerdings findet man in vielen Medien sehr wohl warnende Artikel über genau jene Fehlentwicklungen, die später maßgeblich die große Krise ausgelöst haben. Eben dieser Kausalzusammenhang ist aber auch das Problem.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ jedenfalls hatte der drohenden Krise an den Finanzmärkten am 24. August 2007 zwei ganze Seiten gewidmet, um Fragen zu beantworten, „die der Wirtschaftsredaktion der F.A.Z. in den vergangenen Tagen von Lesern häufiger gestellt wurden.“ Über die gesamte Spaltenbreite hinweg suggerierte

Seite 12 / Freitag, 24. August 2007, Nr. 196

Wirtschaft

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Innenansichten einer Finanzkrise: Angeschlagene Banken und Hedge-Fonds, Eingriffe der Notenbanken zur Stabilisierung



Aufgeregte Anleger versammeln sich am 29. Oktober 1929 vor der New Yorker Börse. Vier Tage nach dem „Schwarzen Freitag“ waren die Kurse noch einmal eingebrochen. Nach dem Börsenkrach fiel die Weltwirtschaft in eine jahrelange Krise. Foto: EPA

Turbulente Märkte

Müssen die Sparer sich sorgen?

Einlagen bei Banken sind sicher – Aktien und Zertifikate bleiben risikanter

Wer sein Geld bei einer Vollbank, Sparkasse, Direktbank oder deutscher Privatbank anlegt, kann sich auf eine ertragreiche Sorge um sein Geldvermögen im Laufe der Zeit freuen. Wer seine Kapitalanlage in Aktien oder in Aktienfonds investiert, sollte sich darüber im Klaren sein, dass die Risiken der Finanzmärkte die erzielbaren Renditen bestimmen. Die Rendite ist die Summe aller Risiken, die der Prozentsatz der Seite spricht. Das bedeutet, dass die Rendite der Aktien und auch Tagesgeldkonten komplett geschrumpft ist.

Rechts: Ein Anleger Fonds einer Bank, die im Zahlungsvermögen geschrumpft ist, kann seine Kapitalanlage in Aktien und in Sondervermögen. Hier unten: Ein Anleger Aktien, die nach dem Börsenkrach 1929 eingebrochen sind.

Sieben Antworten zur Krise an den Finanzmärkten

Die internationalen Finanzmärkte sind groß.

Abb. 1: FAZ vom 24.8.2007. Unterzeile des Fotos: „Aufgeregte Anleger versammeln sich am 29. Oktober 1929 vor der New Yorker Börse. Vier Tage nach dem ‚Schwarzen Freitag‘ waren die Kurse noch einmal eingebrochen. Nach dem Börsenkrach fiel die Weltwirtschaft in eine jahrelange Krise.“

ein großes Foto eine historische Analogie (vgl. Abb 1). Das war mehr als ein „weiches Signal“. So evozierte die Zeitung vorweg schon Erinnerungen, die ein Jahr später, beim manifesten Ausbruch der Krise, erst recht wieder aufleben sollten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich uns die Frage, wie die Medien – in diesem Fall die Tagespresse – früher über Finanz- und Wirtschaftskrisen berichtet haben. Ein Blick zurück soll diese Frage klären.

Die Weltwirtschaftskrise 1857

Die erste Weltwirtschaftskrise wird ins Jahr 1857 datiert.⁶ Sie resultierte aus dem Aufschwung nach den Revolutionen von 1848/49, der sich vor allem im Eisenbahnbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, im Bergbau und im Bankenwesen zugetragen hatte. 1856 gab es in den USA jedoch erste Anzeichen der Überhitzung. Ausgelöst durch die Zahlungsunfähigkeit der Ohio Life Insurance Company am 24. August 1857, mussten mehrere Eisenbahngesellschaften schließen, zahlreiche Banken brachen zusammen.

6 Vgl. Rosenberg (1934/1974); Kindleberger (2001); Plumpe (2010) (alle wie Anm. 1).

Damals ließ das Übergreifen der Krise auf den europäischen Kontinent allerdings auf sich warten. Dass es in England erst zwei Monate später zur Krise kam, hat man auf die Nachrichtenverzögerungen zurückgeführt.⁷ Zwar existierte die Telegrafie bereits, aber erst im Vorjahr war es den Briten gelungen, das erste Transatlantik-Kabel zu verlegen. 1863 war zwar auch der Bösenfernschreiber erfunden worden.⁸ Doch für die laufende aktuelle Informationsübermittlung aus Übersee fehlte es noch an technischen Voraussetzungen, also an Installationen, Leitungen und Kapazitäten. So war man für die Berichte aus Amerika noch auf den Schifffahrtsweg angewiesen. Die Dampfer aus New York waren nach Europa rund zwei Wochen unterwegs. Dies bestimmte die Aktualität und Periodizität der Informationen von dort.

Krisenhafte Erscheinungen traten in England Ende Oktober, Anfang November d.J. auf. Mit weiterem Zeitverzug erreichten sie Deutschland, insbesondere Hamburg, einen der wichtigsten Finanz- und Handelsplätze auf dem Kontinent. Dieser hatte wesentlichen Anteil an dem aufblühenden Welthandel gehabt, vor allem durch die großzügige Wechselvergabe.⁹ Jetzt mussten die geplatzten Wechsel bedient werden. Allein zwischen dem 2. und 5. Dezember 1857 stellten 100 Handelshäuser in Hamburg ihre Zahlungen ein.

Die Weltwirtschaftskrise war 1857 in den deutschen Zeitungen eher ein „verstecktes“ Thema. Das hatte mit dem wenig aufmerksamkeitsträchtigen Erscheinungsbild der Zeitungen zu tun. Noch besaßen diese kaum Formen der redaktionellen Aufmachung, es gab keine Schlagzeilen und kein journalistisches Layout. Die Zeitungen ordneten ihre Nachrichten zumeist nach ihrer Herkunft. Am Anfang brachten sie zunächst diejenigen aus Deutschland, dann folgten die anderen Länder, erst Europa, danach andere Erdteile. Eine eigene Rubrik bildeten amtliche Nachrichten oder Bekanntmachungen. An die vermischten Nachrichten schloss der Handels- und Börsenteil an, zu dem die gesonderten Telegraphischen Depeschen der Kursnotierungen gehörten.

Die „Kölnische Zeitung“, um diese hier als Beispiel heranzuziehen, brachte seit Ende September 1857 Hinweise auf die in den Vereinigten Staaten heran nahende Wirtschaftskrise. Diese fanden ihren Platz in der Landesrubrik „America“. Fortan war darin fast jede Woche etwas über die „Geldkrise“ zu lesen. Auch anderswo erfuhr man zur gleichen Zeit davon. Die „Königlich privilegierte [sic] Berlinische

7 Plumpe (2010), S.59 (wie Anm. 1).

8 Vgl. Edward A. Calahan: The Evolution of the Stock Ticker. In: Electrical World and Engineer 37 (1901) S.236-238.

9 Plumpe (2010), S. 60f (wie Anm.1)

Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“, die so genannte „Vossische Zeitung“, brachte in ihrer Ausgabe vom 26. September 1857 eine „Privat-Mitteilung“ aus Cincinnati (datiert am 2. September) mit folgendem Wortlaut:

„Wir befinden uns hier wieder mitten in einer jener Geldkrisen, welche unser Land alle paar Jahre heimsuchen. Die Banken im Westen fallen wie Kartenhäuser um. Die Ohio Life and Trust Company stellte letzte Woche ihre Zahlungen ein; diese Depositenbank war als die sicherste in den Vereinigten Staaten betrachtet. Ihre Aktien standen 30pCt. über Pari und ihr Kapital betrug zwei Millionen Dollars. Wie es heißt, soll wenig oder gar nichts davon übrig bleiben und Personen, welche Gelder in der Bank niedergelegt haben, verkaufen ihre Empfangsscheine an Spekulanten mit 30 bis 50 pCt. Verlust.“ (Nr.225)

Zwei Wochen später, am 8. Oktober 1857, hieß es dann:

„Die Geldkrise war voreilig als beendet erklärt worden, sie dauert noch fort, und der Rückschlag aus New-York macht sich erst jetzt in den übrigen großen Handelsstädten des Landes fühlbar. Aus Boston, Philadelphia, Baltimore, Cincinnati u.s.w. kommen fortwährend Nachrichten neuer Fallissements. Die Bank von Pennsylvanien und die Girard's nach derselben haben ihre Zahlungen eingestellt. Die anderen Banken waren furchtbar überlaufen, so daß man es für nicht möglich hält, daß sie aushalten. ... Die Geldklemme übersteigt alle Begriffe, so daß man glaubte, die Leute hätten angefangen, ihre Baarschaft zu vergraben.“ (Nr. 235)

Nach weiteren zwei Wochen sprach die „Vossische Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 22. Oktober 1857 von „langerwarteten Berichten über die Krise“ aus New York (datiert am 8. September; Nr. 247) – diese lauteten „sehr ungünstig“.

In der Berliner „National-Zeitung“ fanden die Leser einen größeren Bericht von der amerikanischen Krise in der Ausgabe vom 17. November 1857 (datiert in New York am 3. September!). Dieser Bericht meldete ebenfalls die Fallierung der Ohio Life Insurance and Trust Company und weiterer Geldinstitute:

„Namentlich für die Eisenbahnen scheint es keinen Halt zu geben... Wer ruhig schlafen will, thut[sic!] besser, jetzt sein Geld nicht in amerikanischen Eisenbahnen anzulegen und würden sie ihm auch zu den verlockendsten niedrigen Preisen offerirt. Was das finanzielle Gewitter betrifft, das jetzt auf uns herab- rauscht, so muß man dessen baldiges Aufhören ohne Zweifel wünschen, aber man kann es kaum hoffen.“

Wesentlich schneller waren die deutschen Zeitungen mit ihren Meldungen, als die Krise auf Großbritannien übergriff. Die Londoner Börsenkurse wurden bereits telegrafisch übermittelt und darüber hinausgehende Berichte benötigten nur noch wenige Tage. Ein Bericht der „Kölnischen Zeitung“ aus London vom 7. Oktober 1857, abgedruckt drei Tage später, sprach von „sehr traurigen Aussichten“ für Börse und Geldmarkt. Nur wenige Tage später hieß es: „Die Geschäftswelt leidet an einem furchtbaren Drucke.“ (Nr. 287 vom 16.10.1857). Und nach Darstellung der „Vossischen Zeitung“ hatte sich die Lage des Geldmarktes in London im Laufe des 14. Oktober „eher verschlimmert“ (Nr. 243 vom 17.10.1857).

Dann schien eine Entspannung einzutreten, und so brachte die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 30. November 1857 einen Bericht aus der Londoner City, der davon sprach, „daß vorgestern der Wendepunkt unserer Krise gewesen sein dürfte, und von nun an hoffentlich, woffern nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten, alles allmählich ins alte Geleise zurückkehrt.“ Solche „Beruhigungspillen“ sprechen dafür, dass man schon in der damaligen Krise durchaus geneigt war, „guten“ Nachrichten Glauben zu schenken, allerdings dabei oft (Selbst-)Täuschungen unterlag. Sie erfüllten sich nämlich vielfach nicht und mussten bei nächster Gelegenheit dementiert werden.

Noch rascher und ausführlicher wurde dann Ende November/Anfang Dezember die dramatische Zuspitzung der Entwicklung in Hamburg von der deutschen Presse aufgegriffen. Jetzt war die Krise vor der eigenen Haustür angekommen und rückte nach vorne in den „Deutschland“-Teil. In der „Kölnischen Zeitung“ vom 30. November 1857 hieß es in einem Bericht aus Hamburg: „Die laufende Woche wird in die Annalen der hamburgischen Baisse eine der denkwürdigsten bleiben...“ Der Korrespondent schilderte dann (und in den folgenden Zeitungsausgaben) die Bemühungen des Hamburger Rates um Stützungsmaßnahmen mit Hilfe einer Staatsdiscontokasse (zinstragende Scheine). Er kommentierte diesen Vorgang wie folgt:

„Der Credit des Staates ist der schwankenden oder vielmehr von Angst ergriffenen Börse zur Seite getreten. Man mag die dringende Noth für einen Alles deckenden Grund ansehen: immer wird das Princip, daß der Staat für die Bedrängniß eines Standes aushelfen und eintreten soll, bedenklich erscheinen; denn die Consequenz würde doch dazu führen, auch einmal der bedrängten Arbeiterclasse auf Kosten des Staates Arbeit zu geben u.s.w.“

Wie dieses Zitat zeigt, galten in einer Zeit des Freihandels Staats-eingriffe in den Wirtschaftskreislauf als problematisch. Noch in den

folgenden Tagen verzeichneten die Hamburger Berichte „das traurige Schauspiel einer ganzen Reihe von Zahlungs-Einstellungen, darunter mehrere von Seiten der ältesten und achtbarsten Firmen vorgeführt.“ Erwähnung fanden auch politische Folgen der Krise, und zwar dass ein Senator „seine Entlassung aus dem höchsten Regierungs-Collegium nachgesucht“ habe. Andere zogen offenbar persönliche Konsequenzen: „Auch wird der heute statt gehabte Selbstmord eines allgemein bekannten Chefs einer hiesigen Firma, dessen Vater auch in Preußen in hohem Rufe stand, mit der jetzigen Krise in Verbindung gebracht.“ Wie labil die Situation war, ging aus einer Bemerkung der „Kölnischen Zeitung“ noch vom 14. Dezember 1857 hervor:

„Daß keine neuen namhaften Suspensionen vorkamen, wäre an und für sich ein erfreuliches Zeichen, wenn nur nicht nebenher das Gerücht von Mund zu Mund ginge, daß eine Reihe bisher erster hiesiger und altonaer Häuser nicht länger stehen können, wofern nicht durch außerordentliche Maßregeln aufgeholfen werde...“ (Nr.346).

Angesichts der Nachrichten aus Amerika hielt es die „Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“ für angebracht, die Auswanderungslustigen zu warnen (Nr. 283 vom 3.12.1857). Einen Tag später brachte die Zeitung einen langen Leitartikel zur „Geldkrisis“. Sie war dem Verfasser Anlass, die davon Betroffenen zwar der Teilnahme der Allgemeinheit zu versichern. Doch fällte er über die Beteiligten auch ein moralisch vernichtendes Urteil:

„Es giebt aber auch noch eine andere Seite der Betrachtung, die sich an jene Calamität anreihet. Wenn es zugegeben werden muß, daß an dem Sturze mancher bedeutender und in jeder Beziehung ehrenwerther Handlungshäuser das eben so unvorhergesehene wie unvermeidliche Verwickeltwerden in die Krise anderer Länder die Schuld trägt, so ist es doch anderer Seits Thatsache und eine zu ernstem Nachdenken auffordernde Thatsache, daß bei weitem die meisten Zahlungsstockungen und Fallissements durch den Leichtsinn und die eigene grobe Schuld Derjenigen herbeigeführt wurden, welche jene Krise höchstens als Beschönigungsgrund für sich anzuführen vermögen“ (Nr. 284 v. 4.12.1857).

Auch die „Vossische Zeitung“ meldete die Einstellung Hamburger Handelshäuser, während sich in New York die Finanzlage angeblich besserte. (Nr. 281 vom 1.12.1857) Zwei Tage vorher war das Thema in der Zeitung auch unter der Ortsangabe Berlin aufgetaucht, in einem längeren Bericht, dessen Verfasser insbesondere auf die psychologische Dynamik der Vorgänge abhob:

„Die von Amerika nach Großbritannien und von da nach Deutschland übergegangene Handelskrise hat auch bei uns angefangen, ihre Opfer zu fordern. Verhältnismäßig sind diese Opfer bisher weniger zahlreich, noch bedeutend, sie haben aber wie dies in ähnlichen Fällen stets der Fall ist, genügt, ein allgemeines Mißtrauen in die Gemüther zu werfen. Wir halten dieses Mißtrauen nicht für begründet. Der Zustand unseres Handels und unserer Industrie ist gesund, es fehlt an jedem Grunde, welcher eine Abnahme des inländischen Verbrauches an den Gegenständen des einen oder des anderen erwarten ließe, und wenn auch die Rückwirkung der in Amerika und England eingetretenen Verhältnisse einem Theile unseres Handels- und Gewerbestandes empfindliche Verluste bereitet hat und wohl auch noch ferner bereiten wird, so sind wir doch der Ueberzeugung, daß eine ruhige Auffassung der Lage und einiger, auch dem wohlverstandenen eigenen Interesse entsprechender Gemeinsinn hinreichen würden, um die Krise ohne große weitere Opfer zu überwinden. Man muß indessen die Thatsache akzeptieren, daß eine ruhige Auffassung der Lage keineswegs überall vorhanden ist, und daß ein Mißtrauen eingetreten ist, welches weit nachtheiligere Folgen herbeiführen kann. Dieses Mißtrauen hält das Kapital von seiner gewohnten Verwendung zurück“ (Nr. 280 vom 29.11.1857).

Preußen, wie die deutschen Flächenstaaten, wurde nicht so stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen wie Hamburg. Und auch dortselbst führte der massive Staatseingriff nach und nach zu einer Beruhigung der Verhältnisse. Überwunden wurde die Krise freilich erst durch den Anfang der 1860er Jahre einsetzenden neuen Aufschwung.

Die Weltwirtschaftskrise 1872/73

Anderthalb Jahrzehnte vergingen, bis es 1872/73 zur nächsten Weltwirtschaftskrise kam. Wieder war ihr ein Boom vorausgegangen, der in Deutschland vor allem durch die Reichsgründung (und den militärischen Sieg über Frankreich) vorangetrieben worden war. Der Boom erstreckte sich auf zentrale Industriebereiche, das Bauwesen und auf die Investitions- und Konsumgüter. Die Liberalisierung des Aktienrechts führte zu einer Vervielfachung der Aktiengesellschaften. In deren Gefolge etablierten sich neue Aktienbanken. Diese Entwicklung begünstigte die Entstehung einer Spekulationsblase, woraufhin 1873 erneut eine Rezession eintrat, und zwar ausgelöst in zwei Wellen.¹⁰

10 Ebd. S. 64f, Eva Finkenstädt: Die Weltwirtschaftskrise von 1873 in Deutschland: In: www.suite101.de/ciontent/die-weltwirtschaftskrise-von-1873-in-deutschland-a64388?template=article_print.cfm (30.11.2011).

Die erste Welle hatte ihren Ausgangspunkt in Budapest und Wien, wo man sich von dem deutschen Gründungsboom hatte anstecken lassen. Ende April, Anfang Mai 1873 häuften sich zahlreiche Insolvenzen. Mitteilungen dazu finden sich in der deutschen Presse zunächst überwiegend in den Handelsteilen.¹¹ Die Berichte aus Wien im Hauptteil waren noch ganz beherrscht von der am 1. Mai eröffneten Weltausstellung. Dahinter traten die wirtschaftlichen Krisenmeldungen zurück. Nur klein gedruckt meldete die „Kölnische Zeitung“ am 11. Mai 1873 (Nr. 130/I) die „Sistirung der Börsengeschäfte“ in Wien, deren Anlass die Insolvenz „des besonderen Credits sich erfreuenden Börsen-Comptoirs Petschek“ geboten hatte. „Durch die Sistirung sollte einer unerhörten Deroute vorgebeugt werden.“ Verbunden war damit sogleich die Forderung nach Staatshilfen.

In der zweiten Ausgabe vom gleichen Tag (Nr. 130/II) wurde die binnen einer Woche durch die „Börsenkrisis“ eingetretenen Verluste auf 300 Millionen [Gulden] geschätzt. „Zu den Insolvenzen der Coulisse sind heute neue hinzugetreten. Auch einige Selbstmorde, so viel man hört.“ Zugleich diagnostizierte der Berichterstatter die Ursachen der Krise folgendermaßen: „Es ist lediglich die bis an den Wahnsinn getriebene Erwerbsgier, verbunden mit der bis in die weitesten Kreise gedrungenen Unsolidität in den Grundsätzen und Anschauungen, welche die Krise verschuldet hat.“

Immerhin nahm die „Kölnische Zeitung“ am 12. Mai (Nr. 131/II) die Vorgänge an der Donau bereits zum Anlass eines Leitartikels, in dem die „Börsenkrisis in Wien“ ebenfalls als Ausdruck eines ökonomischen und moralischen Sittenverfalls gedeutet wurde. Tag für Tag gab es in der Landesrubrik Österreich jetzt weitere Krisen-Berichte aus Wien.

Am 13. Mai hieß es, die „Börsen-Katastrophe, welche den Wiener Platz heimgesucht, nimmt immer größere Dimensionen an, und zwar in allen Ständen...“ (Nr. 132/I). Jetzt musste selbst der Bericht über einen Empfang des in Wien zu Besuch weilenden deutschen Kronprinzen und der Prinzessin an die zweite Stelle rücken. Wegen der offiziellen Hilfszusagen meinte der Wiener Korrespondent, der sich vor allem auf die österreichischen Blätter stützte, dass die Börsenkrisis „ihren Gipelpunkt überschritten habe“ (KZ, Nr. 134/II vom 15.5.1873). Wieder waren es „außerordentliche Maßregeln“ der Regierung (Nr. 135/I vom 16.5.1873), die die Situation zumindest zu beruhigen schienen.

11 Zu deren Entstehung vgl. Burkhardt Röper: Wirtschaftsnachrichten in der Welt- presse. Zum Verständnis des Wirtschaftsteils einer Zeitung. 2. Aufl. München 1977.

Die zweite Welle der Finanzkrise brach dann im Herbst des Jahres 1873 los. Jetzt kamen die Hiobsbotschaften aus verschiedenen Ländern. Sie standen zunächst wieder in den Handelseiten der Zeitungen. Aus Wien meldete die „Kölnische Zeitung“ das „Unwetter [...] in Gestalt einer Immobilienkrise“ (23.10.1873, Nr. 294/II), aus New York eine Verschlimmerung der „Börsenkrankheit“ (15.11.1873, Nr. 317/I). Der Konkurs der Quistorp'schen Bank in Berlin wurde am 17. Oktober (Nr. 288/II) noch als wirkungslos bezeichnet, doch „die Geschäfte waren schwach, meist völlig nichtssagend“. Von Wirkungslosigkeit konnte dann aber kurz darauf nicht mehr die Rede sein. Denn die Krise führte in Deutschland zu einem Massenbankrott neugegründeter Aktiengesellschaften und zu einem schweren, jahrelang anhaltenden konjunkturellen Einbruch.¹²

Die Weltwirtschaftskrise 1929/31

Nach Überwindung der Krise der frühen 1870er Jahre kam es wieder zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Er hielt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs an, wurde durch diesen aber beendet. Dem kriegsbedingten Niedergang konnte das Land in den 1920er Jahren nur schwer entkommen, Inflation, Arbeitslosigkeit und eine allgemeine wirtschaftliche Depression lähmten es. Zeitweilige Erfolge wurden wieder zunicht gemacht.¹³ Doch nicht nur in Deutschland ließen sich die wirtschaftlichen Probleme nicht durchgreifend überwinden. Auch die Vereinigten Staaten taten sich dabei schwer. So gab es auch diesmal Vorzeichen der Krise. Dennoch war der Kurseinbruch an der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929 in seiner Tiefe unerwartet. Mit ihm trat die Krise in ihr akutes Stadium.

Dass sich an der New Yorker Börse etwas zusammenbraute, konnte man in deutschen Zeitungen schon früher lesen. Zur schnellen Unterrichtung standen jetzt außer der (Kabel-)Telegrafie weitere technische Mittel zur Verfügung. Aus New York kamen die Informationen als Funkspruch oder als Funktelegramme per Transradio, eine 1918 als Tochtergesellschaft von Telefunken, AEG und Siemens & Hals-

12 Vgl. Plumpe (2010), S. 65 (wie Anm. 1).

13 Vgl. Karl Erich Born: Die deutsche Bankenkrise 1931. München 1967; James (1988) (wie Anm. 1); Isabel Schnabel: The German twin Crisis of 1931. In: The Journal of Economic History 64,3 (2004) S. 822-871; Plumpe (2010), S.71ff (wie Anm. 1).

ke gegründete Aktiengesellschaft für drahtlosen Übersee-Verkehr.¹⁴ 1925 war dort die Schnelltelegrafie mit sogenannten Rekordern eingeführt worden. In der Transradio-Betriebszentrale in Berlin wurden die Funktelegramme aufgenommen. Sie war über eine Rohrpostanlage mit dem dortigen Haupttelegraphenamt verbunden.

Werfen wir einen Blick in die „Frankfurter Zeitung“: In ihr war schon am 24. Oktober 1929 von starken neuen Kurseinbrüchen in New York die Rede. Die Mitteilung stand im Handelsteil unter der Rubrik „Amerikanischer Wirtschaftsdienst“. Auf der Frontseite dominierten außen- und innenpolitische Themen oder (wie am 25.10.) eine Eisenbahnkatastrophe bei Nürnberg. Die Mitteilungen von der New Yorker Börse blieben noch auf den Handelsteil beschränkt. Allerdings signalisierten die Überschriften die wachsende Zuspitzung: „Aufregung in New York“ (24.10., abends), „Weitere Erschütterung in New York“ (25.10., morgens), „Panik in New York“ (25.10., abends), „New York nach der Panik“ (25.10./abends). Am 26. Oktober schaffte es das Thema dann auf die Titelseite der FZ, wenn auch lediglich in einer Elf-Zeilen Meldung der Agentur United Preß („Nach Wallstreets schwarzem Tag“). Darin ging es nicht um finanzielle Transaktionen, sondern um drohende gesellschaftliche Folgen:

„Der Eröffnung der heutigen Börse sieht man mit großer Unruhe entgegen. Es werden sogar schwere Straßenkrawalle befürchtet. Die Polizei gibt deswegen bekannt, daß besondere Polizei- und Detektivpatrouillen in den Wallstreetbezirk entsandt werden. Detektive werden sich unter die Menschenmassen mischen, um die Stimmung zu beobachten und ein sofortiges Eingreifen der Polizei zu ermöglichen, wenn Unruhen drohen sollten. Die uniformierte Polizei ist beauftragt, Menschenansammlungen zu verhindern. Außerdem werden noch Reserver in der Nähe in Bereitschaft gehalten, um sofort eingreifen zu können, wenn es notwendig sein sollte.“

Die Meldungen über die Bewegungen an den Finanzmärkten blieben jedoch weiterhin dem Handelsteil vorbehalten. Sie waren im Einzelnen widersprüchlich. Einerseits war schon von Erholung der Börsen die Rede, andererseits hieß es, es herrsche die „Börsenkrisse allerwärts. Von New York bis Wien“ (FZ Nr. 800 vom 26.10.1929, abends). Die Sonntagsausgabe vom 27. Oktober sprach wörtlich

14 Vgl. Emil Rotscheid/Erich Quäck: Transradio. In: 25 Jahre Telefunken. Festschrift der Telefunken-Gesellschaft 1903-1928. Schriftleitung Fritz Schröter, Berlin 1928, S. 196-211.

schon vom „schwarzen Donnerstag in New York“. Zugleich wurde über die Stabilisierungsmaßnahmen berichtet, bei denen es vor allem auf die „Rückwanderung europäischer Gelder aus New York“ ankam (FZ Nr. 801 vom 27.10.1929/I). Außerdem ging es um „New Yorks Echo in Europa“ (30.10.1929/II), mit Informationen aus Amsterdam, London, Paris, Brüssel, Stockholm, Budapest. Von einer „[s]chweren internationalen Börsenverstimmung“ kündete eine Meldung am 30. Oktober auf der Titelseite der FZ, die mit den Sätzen schloss, es bestehe eine starke Abhängigkeit des deutschen Kapitalmarktes von ausländischen Zuflüssen bzw. Abflüssen, so daß „eine jede der deutschen Effektenbörsen gleichzeitig in Unruhe versetzt“ sei (Nr. 809 vom 30.10.1929/I).

Den Versuch einer Gesamtdeutung der Vorgänge unternahm ein Bericht des FZ-Korrespondenten vom 30.10.1929, der anderntags zweispaltig auf der Titelseite der Zeitung aufgemacht war und über die voraussichtlichen Folgen spekulierte („Die schwarzen Tage an der New Yorker Börse“).

Zwei Tage später musste die „Frankfurter Zeitung“ den Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte melden (Nr. 818 vom 2.11.1929). Im Haupartikel des Handelsteils („Wirbelsturm“) resümierte der Korrespondent die Ereignisse der New York Stock Exchange in der abgelaufenen Woche und versuchte dem Zeitungsleser die Größenordnung der getätigten Umsätze und die selbst dem Fachmann schwer vorstellbaren Unterschiede zwischen dem dortigen und dem deutschen Börsenhandel verständlich zu machen. Was er bot, war gewissermaßen eine technische Erklärung:

„Es gibt weder ein Sammeldepot noch überhaupt einen Terminhandel, sondern lediglich das tägliche Clearing für die ausmachenden Beträge. Die Stücke müssen sämtlich im Original abgeliefert werden... Diese vergleichsweise primitive Organisation hat nicht nur die technische Abwicklung dieses riesigen Ansturmes erschwert – sie hat offensichtlich mit dazu beigetragen, daß es überhaupt zu einer solchen Panik kam. Wir wiesen kürzlich darauf hin, daß eine Börse mit Terminhandel [wie in Deutschland; d. Verf.] kaum solch eruptive Bewegungen durchzumachen hat ohne einen konkreten Anstoß von außen.“

Anders als die liberale bürgerliche Presse reagierte die Linkspresse auf die Krisenerscheinungen im internationalen Finanzwesen. Ihre Zentralorgane verfügten nicht über eigene ausgebaute Handelsteile, denn ihre Leser waren Arbeiter, Erwerbslose, Rentner und sonstige in Armut Lebende. Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, erschien am 30. Oktober 1929 mit der Schlagzeile „Sturmzeichen in

Neuyork“ und stellte fest: „Es ist klar, daß sich diese Vorgänge auch für die europäischen kapitalistischen Länder auswirken werden, insbesondere für Deutschland, wo die Ueberfremdung wichtiger Industrien mit amerikanischem Kapital gerade in der letzten Zeit stark zu genommen hat“ (Nr. 218) (vgl. Abb. 2).

Dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ waren die Kursstürze am gleichen Tag den Aufmacher nicht wert (Nr. 509). Den widmete das Blatt dem gescheiterten Inflationsbegehren rechter Gruppen (u. a. Alfred Hugenbergs) gegen den Young-Plan, auf den sich die deutsche Regierung mit den Kriegsgegnern bezüglich der ausstehenden Reparationszahlungen verständigt hatte. Doch platzierte der „Vorwärts“ [s.o.] zumindest auf Seite zwei eine mit „Neue Börsenpanik!“ überschriebene Meldung aus New York. Während noch über die Folgen für Deutschland spekuliert wurde, stellte die Beamtenbank in Berlin am Vormittag des 31. Oktober ihre Zahlungen ein – Gegenstand der Schlagzeile der Spätausgabe des „Vorwärts“ noch am gleichen Abend.

Im Kontrast zur Linkspresse steht, dass der „Völkische Beobachter“, das Parteiorgan der NSDAP auf Seiten der extremen Rechten, den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen Ende Oktober 1929 so gut wie keine Aufmerksamkeit schenkte. Auch diese Zeitung besaß keine regelmäßige Rubrik für Handelsberichterstattung und bezog kein Agenturmateriel. Hier dominierten die Inlandsberichterstattung, insbesondere die innenpolitischen Auseinandersetzungen um den weiteren Kurs der Republik. Im Vordergrund standen für die Nationalsozialisten der Kampf gegen den Young-Plan, gegen die „rote Gefahr“, sowie (antisemitische) Skandale und Gewalttaten. Dahinter traten Ereignisse – zumal internationale – völlig zurück. Aus Amerika wurde in dem uns hier beschäftigenden Zeitraum lediglich über den Kampf der Polizei gegen den Alkoholschmuggel berichtet (Nr. 252 vom 30.10.1929). Auf die Finanzkrise im Inneren deutete lediglich eine Kurzmeldung am 31. Oktober 1929 hin („Wieder ein Selbstmord eines Bankiers“, Nr. 253).



Abb. 2: Die Rote Fahne v. 30.10.1929

Wie man den großen, weiter oben zitierten deutschen Zeitungen entnehmen konnte, hatte der New Yorker Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 seine Nachwirkungen auch in Europa. „Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“ und „Berliner Lokalanzeiger“ behandelten die Ereignisse in New York im Wesentlichen noch als Börsenangelegenheit und platzierten die einschlägigen Informationen primär im Handelsteil. Sie informierten damit also vor allem die Fachleute aus dem Wirtschafts- und Finanzsektor, weniger das allgemeine Lesepublikum. Dies war in der zweiten Phase der Weltwirtschaftskrise, die Deutschland im Juli 1931 massiv in Mitleidenschaft zog, anders.

Die Folgen der Krise hatten sich im Rückgang des deutschen Außenhandels und in der wachsenden Zahl der Arbeitslosen niedergeschlagen. Trotz einer leichten Belebung im Frühjahr 1931 mehrten sich die Anzeichen einer abermaligen Verschlechterung der Wirtschaftslage.¹⁵ Eine entscheidende Rolle spielte dabei, dass die Österreichische Credit-Anstalt, die größte Bank Mitteleuropas, am 11. Mai 1931 wegen riesiger Schulden den Bankrott erklärte. Die anderen Banken und Anleger zogen ihre Einlagen zurück, eine Kapitalflucht setzte ein. Massive Stützungsaktionen konnten den Absturz der Credit-Anstalt nicht aufhalten.

In den Sog dieser Ereignisse geriet rasch auch das deutsche Bankensystem. Dies geschah zudem in einem Augenblick, da sich die deutsche Regierung mit der amerikanischen in Verhandlungen befand, um Erleichterungen in der Reparationsfrage zu erreichen. Am 20. Juni 1931 hatte US-Präsident Hoover ein einjähriges Moratorium für die deutschen Schuldenzahlungen akzeptiert. Ein weiter gehender amerikanischer Beistand schien sogar möglich. Frankreich, wo gerade eine Regierungskrise vor sich ging, war eher abgeneigt. Diese Themen beherrschten die Schlagzeilen der deutschen Tageszeitungen noch am 12. Juli 1929. Überdies waren noch die Verhandlungen im Gange, die Reichsbankpräsident Luther in Basel bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich mit dem Ziel führte, einen Rediskontkredit für die Reichsbank zu erhalten.

In dieser Situation vermochte die Darmstädter und Nationalbank (Danatbank), die zweitgrößte ihrer Art in Deutschland, am 13. Juli ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr zu erfüllen. Sie war durch den Konkurs der Norddeutschen Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei (Delmenhorst), an der sie hochgradig beteiligt war, in Schieflage

15 Vgl. Christoph Buchheim: Es war einmal: die Weltwirtschaftskrise. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 250 vom 28. Oktober 2009. S. 8; Plumpe (2010).

geraten. Die Verluste beliefen sich auf 50 Millionen Reichsmark. Den Zusammenbruch der Danatbank meldete die „Frankfurter Zeitung“ noch in ihrer Abendausgabe vom gleichen Tag (Nr. 514). Schon in der Morgenausgabe des folgenden Tages (Nr. 515 vom 14.7.1931) machte die Zeitung mit diesem Ereignis auf und widmete ihm fast seine ganzen beiden ersten Seiten. Sie schilderte die umgehend eingeleiteten Schritte der Reichsregierung, die Bank mit einem Garantiegesetz zu retten. Die Zeitung druckte daneben einen „Aufruf der Reichsregierung“, die in den mahnenden Worten mündete: „Es kommt darauf an, daß das deutsche Volk in dieser schweren Lage die Nerven behält und nicht durch mangelndes Selbstvertrauen die Schwierigkeiten vermehrt.“

Gleichzeitig vermeldete die Zeitung jedoch, dass „die Garantierung der Grundlage dieser Bank erwartungsgemäß die Unruhe im Publikum stark vermehrt“ habe und dass Banken und Sparkassen nur beschränkte Auszahlungen tätigten. Schon in der zweiten Morgenausgabe (Nr. 516) verkündete die FZ eine neue Notverordnung, die die Reichsregierung ermächtigte, „Bankfeiertage“ zu verfügen. Zwei Tage sollten die Banken geschlossen bleiben, um „die nötigen Maßnahmen und Vorbereitungen [zu] treffen, damit am Donnerstag die zur Weiterführung der Wirtschaft und zur Bewirkung der Gehalts- und Lohnzahlungen erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.“ Im Abendblatt widmete die „Frankfurter Zeitung“ diesem Thema einen umfangreichen Leitartikel. Weitere Informationen standen im Handelsteil.

Auch in den anderen deutschen Zeitungen war in den Tagen Mitte Juli 1929 die sich zusätzende Finanzkrise das beherrschende Thema. Das gilt zumal für die Hauptstadtblätter, den „Berliner Lokalanzeiger“ ebenso wie das „Berliner Tageblatt“. In der Sonntagsausgabe vom 12. Juli 1931 (Beiblatt) veröffentlichte das „Tageblatt“ noch einen Artikel von Wladimir Woytinsky („Im Sturm ohne Steuer. Was kostet den Völkern die Weltwirtschaftskrise?“), der zusammen mit Fritz Tarnow und Fritz Baade im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) einen Alternativplan zur Finanzpolitik des Reichskanzlers Brüning konzipiert hatte.¹⁶ Zwei Tage später gab es dann schon Grund für alarmierendere Schlagzeilen (vgl. Abb. 3).

Die Berichterstattung der Zeitungen war umfangreich und dominierte nicht nur die Titelseite, sondern setzte sich auf den Innenseiten fort. Hinzu kamen die eher finanz- und wirtschaftstechnischen Mitteilungen in den Handelsteilen. Dabei wurden die Ereignisse je nach politischem Standpunkt unterschiedlich „geframt“.

16 Vgl. http://www.bpb.de/popup/popup_quellentext.html?guid=LEA209 (3.7.2011).

„Die Danatbank schließt“ – so titelte der sozialdemokratische „Vorwärts“ in großen Lettern in seiner Abendausgabe vom 13. Juli 1929 (Nr. 322) (vgl. Abb. 4). Die Zeitung begleitete die Unterrichtung mit einem Kommentar, der sich aus der Sicht der Arbeiterschaft und der ärmeren Bevölkerung gegen eine Panik, aber für einen Kampf gegen die politischen und sich bereichernden „Volksverderber Deutschlands“ aussprach, die man für die Krise verantwortlich machte. In der Abendausgabe vom 14. Juli 1931 (Nr. 324) rückte die Zeitung sogar ein Foto ein, auf dem die Menschenmenge zu sehen war, die sich vor der Berliner Sparkasse versammelt hatte (ähnliches Foto Abb. 5). Unter der Überschrift „Die Notgroschen der Sparer“ schrieb der „Vorwärts“:

„Wer gestern nach dem Bekanntwerden des Danat-Zusammenbruchs durch die einzelnen Stadtteile Berlins kam, konnte überall die tiefe Erregung feststellen, die dieses Ereignis in weitesten Kreisen der Bevölkerung ausgelöst hatte. Besonders vor den Sparkassen der Stadt Berlin stauten sich lange Schlangen von Spätern, die im ersten Schreck bereits ihre sauer ersparten Groschen verloren sahen. Wenn sich aber auch die Vorgänge vor und in den Sparkassen ohne besondere Zwischenfälle abspielten, so hinterließen die Diskussionen, die auf der Straße zwischen einzelnen Gruppen hin und her gingen, doch einen unerfreulichen Eindruck. „Da stehen sie nun und zittern um ihr Geld“ und „Schadet ihnen gar nichts, daß sie jetzt ihr Geld verlieren, sie haben es doch nur wegen der dicken Zinsen hierher getragen“, so konnte man verschiedentlich Bemerkungen hören.“

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ „framte“ die Finanzkrise als Versagen des Kapitalismus. „Geschrei der Schuldigen. Der Kapitalismus will seine Pleite bemänteln“ – so lautete der Aufmacher am 15. Juli 1931 (Abendausgabe). Diesen Tenor illustrierte das Blatt am nächsten Morgen auch mit einer Karikatur (vgl. Abb. 6).

Als die Banken am Donnerstag dem 16. Juli 1929 wieder öffneten, sollten diese, wie der „Vorwärts“ in der Morgenauflage mitteilte, bis zum Samstag lediglich für die Auszahlung von Löhnen und Renten geöffnet sein (Nr. 327). Die Börse blieb ganz geschlossen. Entsprechendes hatten abermalige Notverordnungen des Reichspräsidenten verfügt. Laut der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom gleichen Tag hatten sich erneut Schlangen vor den Sparkassen gebildet, wozu wieder ein Foto eingerückt wurde (Nr. 328) (vgl. Abb. 5). Allerdings hatte sich das Stadtbild, wie am Tag darauf in der Zeitung zu lesen war, schon am Mittag wieder beruhigt.

Bemerkenswert ist, dass die Parteiorgane der Kommunisten und der Nationalsozialisten während des Höhepunkts der Finanzkrise im Juli 1931 zwangsläufig verstummt waren, wie schon

Abb. 3: „Berliner Tageblatt“ vom 14.7.1931 (Abendausgabe)



Abb. 4: „Vorwärts“ vom 13. Juli 1929 (Abendausgabe)

Abb. 5: Andrang vor der Berliner Spar- kasse, aufgenommen am 16.7.1931 vom Fotografen Georg Pahl von der Aktuellen Bilderzentrale; ein beinahe identi- sches Foto druckte der „Vorwärts“.



Abb. 6: Karikatur im „Vorwärts“ vom 16.7.1931 (Morgenausgabe)

mehrfach in den Jahren zuvor, aufgrund von Notverordnungen des Reichspräsidenten verboten worden, die „Rote Fahne“ (RF) am 7. Juli, der „Völkische Beobachter“ (VB) am 14. Juli.¹⁷ Als sie wieder erscheinen konnten, die RF am 23. Juli und der VB am 28. Juli, waren die dramatischen Tage der Kursstürze und Bankenschließungen schon vorbei. Zwar war die Krise nicht überstanden, und weitere Bankrotte wurden auch vermeldet (RF Nr. 148 vom 25.7.1931, VB Nr. 252 vom 30.10.1931). Aber wie es dazu gekommen war, musste den Lesern der beiden genannten Zeitungen, sofern sie nicht über andere Informationsquellen verfügten, unbekannt bleiben. So wurde diesen Meldungen jetzt auch nicht mehr so großes Gewicht zugemessen. Und „Steinwürfe gegen [die] Danat-Bankfiliale“ waren der „Roten Fahne“ allenfalls noch eine Kurznachricht Wert (Nr. 151 vom 29.7.1931).

Historische Spuren in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09

Die Wirtschafts- und Finanzkrise 1929/31 hatte nicht nur in ihrer eigenen Zeit gravierende Folgen, trug sie doch mittelfristig mit zur „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland bei. Sie hinterließ auch tiefe Spuren im Bewusstsein der Deutschen, tiefere jedenfalls als alle Finanz- und Wirtschaftskrisen zuvor. Wie tief diese Spuren sind, konnte man gerade in der Finanzkrise 2008 wieder bemerken. Die Vorgänge von 1929/31 standen den politischen Akteuren bei ihren Entscheidungen 2008 dramatisch vor Augen. Die Erinnerung schlug sich auch in einer bemerkenswerten Rethematisierung in den Zeitungen nieder. Dergleichen hatte es 1929/31, mit Blick auf 1857 oder 1872/73, in keiner Weise gegeben. Beispiele finden sich u. a. in der „Süddeutschen Zeitung“ (www.sueddeutsche.de, 13.10.2008), in der FAZ und im „Spiegel“ (Nr. 42/2008). Dabei wurde so gut wie überall auf die Unterschiede zwischen damals und heute abgehoben. Selbst das Bundeswirtschaftsministerium trat auf seiner Homepage einer falschen Analogie entgegen und titelte: „Die Weltwirtschaftskrise von 1929: Nicht vergleichbar mit der aktuellen Rezession.“¹⁸ Weiteren Anlass zur Rethematisierung boten die einschlägigen „Jubiläums“-Tage im Jahr 2009 (Lehman-Pleite, New Yorker Börsenkrach) (SZ 24.6.2009; 24./25.10.2009).¹⁹

17 Vgl. Klaus Petersen: Zensur in der Weimarer Republik. Stuttgart/Weimar 1995.

18 www.bmwi.de

19 Vgl. Buchheim (2009) (wie Anm. 16); Albrecht Ritschl: Die teure Fehldiagnose 1929. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 246 vom 23.10.2009, S. 14.

Zusammenfassung

Beschleunigung

Die Berichterstattung über Finanz- und Wirtschaftskrisen hat sich beschleunigt, und zwar im Zuge der allgemeinen Beschleunigung der Nachrichtenübermittlung seit dem 19. Jahrhundert. 1857 liefen die Nachrichten noch über den Land- und Seeweg, die Telegrafie steckte noch in den Kinderschuhen. 1872/73 war dies schon etwas anders, obschon nicht grundlegend. Lediglich die Börsenkurse wurden telegrafisch übermittelt. 1929/31 war die Übermittlung über Draht, Funk oder Telefon dann längst auch für journalistische Berichte üblich. 2008 schließlich stand außerdem das Internet zur Verfügung. Die Beschleunigung betraf jedoch nicht nur die Übermittlung an die Redaktionen. War im 19. Jahrhundert erst das tägliche Erscheinen für (Großstadt-)Zeitungen zur Regel geworden, so brachten diese im Kaiserreich zum Teil zwei, in den 1920er Jahren (zumal in Berlin) sogar mehrere Ausgaben am Tage heraus. Dies ermöglichte schon im Tagesverlauf ein „Updating“ der Informationen. Heute kommt ein täglich mehrfaches Erscheinen bei Zeitungen nicht mehr vor. Die Möglichkeit dazu haben die Funkmedien der Presse abgenommen. Erst recht ist das „Updating“ in den letzten Jahren zu einem Kennzeichen der journalistischen Online-Angebote geworden. Gewiss nicht zu gewagt ist die Hypothese, dass die durch die Nachrichtenmittel eingetretene Beschleunigung auch zu einer Beschleunigung, ja Dynamisierung der Krise(n) beigetragen hat.

Extension und „Entspartung“

Im Zuge der Ressort- und Spartenbildung hatte sich im 19. Jahrhundert in den deutschen Zeitungen ein Handels- und Wirtschaftsteil etabliert. Dort war der Platz für alle möglichen Informationen aus der Finanzwelt und aus dem Wirtschaftsleben. Es überrascht daher nicht, dass Meldungen, die Krisenerscheinungen indizieren, zuerst dort ihren Platz fanden. Das gilt vor allem für Zeitungen mit einem Schwerpunkt in der Wirtschaftsberichterstattung. Nur vereinzelt gab es Meldungen oder Berichte auch außerhalb der Sparte, also etwa auf der Titelseite. Und wenn, dann waren dies eher Leitartikel oder Berichte über allgemeine Konsequenzen der wirtschaftlichen Vorgänge. In der Weltwirtschaftskrise 1929/31 war dies jedoch deutlich anders. Zwar standen die Meldungen über den New Yorker Börsenkrach 1929 zunächst auch noch in den Handelsteilen, verließen diesen Platz aber rasch. Erst recht aber als sich die Krise im Juli 1931 massiv auf Deutschland auswirkte, eroberte die Krisenberichterstattung die Frontseiten (und andere Innen-

seiten) der Zeitungen. Dabei nahm der Umfang der Berichterstattung erheblich zu. Man kann diesen Prozess als eine „Extension“ und „Entspartung“ der Krisenberichterstattung bezeichnen. Verstanden werden darf dieser Vorgang aber nicht als bloß redaktionelle Entscheidung, sondern als Zeichen für eine gesellschaftliche Verallgemeinerung der Krise und für eine Wahrnehmungsverschiebung.

Krisenwandel

Die Veränderungen der Berichterstattung gehen zum Teil auf die Ursachen und Umstände der verschiedenen Finanz- und Wirtschaftskrisen zurück. Diejenigen des 19. Jahrhunderts waren solche, die zunächst einmal die Wirtschaftsunternehmen, die Börsen und den Finanzmarkt betrafen. Auch waren es noch mehr oder weniger sektorale Krisen. Das war in den 1920er Jahren völlig anders, als das Bruttoinlandsprodukt rückläufig war, ein Handelsdefizit, große Arbeitslosigkeit und eine allgemeine wirtschaftliche Depression herrschten. Jetzt bedrohte die Krise auch die Lohn- und Rentenempfänger sowie die Sparer, also große Teile der Gesamtbevölkerung. In dieser Hinsicht schien die Finanzkrise 2008/09 eher derjenigen von 1929/31 zu gleichen als den früheren.

Journalistische Aufmachung und Agenda Setting

Entscheidend verändert hat sich die journalistische Aufmachung der Krisen. Im 19. Jahrhundert waren die Zeitungen in Deutschland lange Zeit noch kaum bemüht, den redaktionellen Stoff strukturiert zu präsentieren, den Seiten eine übersichtliche Gliederung zu verpassen und Auszeichnungsschriften zur Hervorhebung oder Abstufung der Bedeutung einzelner Artikel zu verwenden. Solche Erkennungs- und Selektionshilfen wurden den Lesern noch nicht gegeben. Das hatte auch damit zu tun, dass die auf jede Zeitungsseite erhobene Stempelsteuer zu einer raumsparenden Verteilung des redaktionellen Inhalts zwang. Damit fehlten jedenfalls formale Voraussetzungen, um auch den Eindruck der Wichtigkeit von Themen zu hinterlassen (Agenda Setting).

In den 1920er Jahren des 20. Jahrhunderts hatte sich das Erscheinungsbild der Zeitungen dann grundlegend verändert. Die Zeitungsseiten waren weniger vollgestopft und vor allem Überschriften und Schlagzeilen dienten dazu, den Inhalt der Beiträge kurz zusammen zu fassen und das in den Augen der Journalisten Wichtigste hervorzuheben. Inzwischen hatte sich der „Aufmacher“ als Hauptartikel jeder Zeitungsausgabe herausgebildet. Da die Zeitungen davon in der Krisenberichterstattung Gebrauch machten, wird dies auch deren Wahrnehmung beeinflusst haben.

Neu im Vergleich zu den früheren Krisen war in den 1920er Jahren auch, dass in der Presse Fotos gebracht wurden. Die abstrakten Ursachen der Krisen ließen sich nur schwer visualisieren. Anders aber ihre konkreten Folgen. Mehr als von symbolischem Wert waren die Fotos der Massenansammlungen vor den Berliner Banken, wie wir sie im „Vorwärts“ gefunden haben. Allerdings war diese Visualisierung noch sehr bescheiden, weit entfernt von dem, was wir heute gewohnt sind. Die Visualisierung hat seitdem in der Presse enorm zugenommen – nicht nur durch Fotos, sondern auch durch Infografiken. Davon war auch die Darstellung der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 geprägt. Was bestimmte Bilder würden auslösen können, das war ein Gedanke, der selbst dem deutschen Finanzminister Peer Steinbrück bei den Entscheidungen, die er zu treffen hatte, sehr bewusst war.²⁰

Framing

Mit dem Begriff „Frame“ wird in der Kommunikationswissenschaft der „Rahmen“ bezeichnet, innerhalb dessen Journalisten Ereignisse selbst wahrnehmen, interpretieren und an die Rezipienten weitergeben (Entman 1993).²¹ Das Framing kann durch die redaktionelle Linie oder durch kollektive oder individuelle Sichtweisen der Journalisten bestimmt sein. Wie wir feststellten, wurden die Krisen 1857 und 1872/73 im Wesentlichen als Finanzmarkt- und Börsenangelegenheiten behandelt. Indizien für ein wirtschaftsliberales Framing zeigten sich in ablehnenden Äußerungen gegen Staatseingriffe. Die strukturellen Voraussetzungen für unterschiedliches Framing nahmen mit der Entstehung der Parteipresse in Deutschland zu. Dass sich dies auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise 1929/31 zeigte, dafür fanden wir deutliche Anzeichen. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ und die „Rote Fahne“ der KPD framten die Krise vor allem als Scheitern des Kapitalismus und drängten auf Systemwechsel. Die

20 Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück äußerte sich dazu im Nachhinein wie folgt: „Das heißt, die Vorstellung, die mich politisch maßgeblich geprägt hat, war: Was passiert in Deutschland, wenn das erste Mal ein Foto erscheint, wo vor einer Sparkasse, einer Genossenschaftsbank oder der Filiale auch einer privaten Geschäftsbank sich eine Schlange von Menschen bildet, und welche Assoziationen mit welchen Turbulenzen werden in Deutschland eher ausgelöst, als wenn dies vor einer Filiale von Northern Rock in Großbritannien passiert?“ (http://www.peer-steinbrueck.de/interviews_reden/reden/271109_medienrede.html) [14.6.2011]

21 Robert M. Entman: Framing. Toward clarification of a fractured paradigm. In: Journal of Communication, 43. Jg. 1993, H. 4, S. 51-58.

liberale Wirtschaftspresse interessierte sich mehr für die finanztechnische Seite der Krise und ihre politische Bekämpfung.

Rethematisierung

Dass beim Framing auch die Erinnerung an frühere Krisen eine Rolle spielen kann, das zeigte sich in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Solche Rückbezüge fehlten bei den früheren Krisen völlig. Dagegen spielte 2008/2009 die Weltwirtschaftskrise der 1920/1930er Jahre von Beginn an eine maßgebliche Rolle, und zwar nicht nur in der Darstellung, sondern auch in der Bewältigung der aktuellen Krise durch die politischen Akteure. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass Rethematisierung zu einer gängigen Übung der Massenmedien geworden ist. Dabei wurde 2008/2009 einerseits ziemlich übereinstimmend ein „Anti“-Framing betrieben, indem nämlich die Unvergleichbarkeit beider Krisen behauptet und begründet wurde. Andererseits fehlte es aber doch nicht an Ähnlichkeiten. Für die von uns schon in früheren Krisen angetroffene Anprangerung der moralisch verwerflichen Spekulanten ließen sich Beispiele auch aus den letzten Jahren anführen.

Medien als Krisenverstärker

In Krisenzeiten ist dem Journalismus eine Ambivalenz eigen.²² Einerseits macht er durch seine „watchdog“-Funktion die Krisenerscheinungen bekannt und öffentlich sichtbar und löst damit Reaktionen zur Bewältigung der Krise aus. Andererseits kann er diese wegen der praktischen Handlungsrelevanz aber auch verstärken und damit dysfunktionale Folgen zeitigen. Wohl haben schon im 19. Jahrhundert die Nachrichtenverbindungen die Ausbreitung der Krisen beeinflusst. Aber diese entwickelten sich doch primär nach einer innersystemischen Logik. 1929 und insbesondere 1931 war das in Deutschland anders. Allein die umfangreiche, dramatisierende Aufmachung in den Zeitungen musste die Krisen anheizen, zumindest soweit jene panikartigen Reaktionen ausgelöst wurden, welche die Menschen zu den Banken trieben, denen vorsorglich „Feiertage“ verordnet wurden. Genau diese Krisenverstärkung suchte die deutsche Bundesregierung im September 2008 aber zu verhindern.

22 Vgl. Jürgen Wilke: Die Ambivalenz des Journalismus in der Krise. In: Mike Friedrichsen/Jens Wendland/Galina Woronenkowa (Hg.): Medienwandel durch Digitalisierung und Krise. Eine vergleichende Analyse zwischen Russland und Deutschland. Baden-Baden 2010, S. 157-164.